

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei seiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei fernem Postbezugs monatlich 4.65 M., bei Zahlung unter Streifen für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 III, Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Inserate sollen die achtspaltige Normgröße oder deren Raum 1,20 M., Wortlänge das (inklusive) Wort 20 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl., Einzeilspalten 20 Pro. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Injuncta für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Injuncta-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Eine neue Note Clemenceaus.

## Die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 27. November.

Der deutschen Regierung ist in Paris am 25. November, abends 8 Uhr, folgende Note zugeföhrt worden, die infolge der telegraphischen Störung am 26. abends in Berlin eingegangen ist:

Paris, den 22. November 1919.

Ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. November zu bestätigen, worin mitgeteilt wird, daß Herr v. Simson in Besprechungen mit der deutschen Regierung über die Art und Weise der Inkassierung des Vertrages nach Berlin abgereist ist, und daß für die zu schließenden Abkommen die Zustimmung der deutschen Nationalversammlung erforderlich ist. Nach dieser Mitteilung muß ich bezweifeln, daß die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages (zu deren Vornahme sich die alliierten und assoziierten Regierungen für den 1. Dezember verpflichtet haben) an diesem Tage stattfinden kann, und zwar infolge der Haltung der deutschen Regierung, die sich schon seit dem 1. November im Besitze der Note der Verbündeten und des ihr beigefügten Protokolls befindet. Eine solche Verzögerung der Ratifikation des Vertrages wäre um so bedauerlicher, als sie die Erfüllung der Verpflichtungen der Absichten Deutschlands hinsichtlich der Wahrung seiner Verpflichtungen aus dem Waffenstillstande und aus dem Friedensvertrage wachsende könnte. Es dürfte aber im allgemeinen Interesse und vor allem im Interesse des deutschen Volkes liegen, daß eine schnelle Inkassierung des Vertrages den Verbündeten und alle für die ganze Welt damit verbundenen Pflichten der Wiederherstellung zuträglich ist. Die Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls ist insbesondere für den Zeitpunkt der Rückkehr der Kriegsgefangenen nach Deutschland maßgebend.

Ich lege in dieser Hinsicht besonderen Wert darauf, die in Ihrem geizigen Schreiben wiederholte unrichtige Behauptung zurückzuweisen, daß die französische Regierung ein Versprechen gegeben und nicht gehalten habe. Die Wahrheit ist ganz anders: Am 28. August hat der Oberste Rat den Entwurf einer Erklärung über die Kriegsgefangenen gutgeheißen, wonach der Zeitpunkt der Ratifikation des Friedensvertrages, soweit die Heimführung der Kriegsgefangenen in Betracht kommt, vorbestimmt werden und die Heimführung sofort beginnen sollte. Dieser Beschluß ist jetzt ausgeführt worden und die Heimführung der Kriegsgefangenen hat begonnen. Demgemäß sind die von der britischen, amerikanischen und belgischen Armee gemachten Gefangenen in voller Übereinstimmung mit der französischen Regierung nach Deutschland zurückgeführt worden. Aber die Entscheidung bezugnehmend, daß die Fortsetzung dieser wohlwollenden Politik davon abhängen solle, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen. Die Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen zeigt einmal, mit welcher Geduld die Alliierten darauf gewartet haben, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt und zweitens ferner, daß diese Verpflichtungen von ihm in einer gewissen Anzahl sehr wichtiger Punkte erfüllt worden sind.

Die Folge hiervon konnte nur der Beschluß sein, sich streng an die Bestimmungen des Friedensvertrages zu halten, der die Heimkehr der Kriegsgefangenen mit der Inkassierung des Friedensvertrages verknüpft. Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in ihre Heimat zurückkehren. Es ist dazu erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der die Gebiete im Osten betreffenden Bestimmungen verständigen, und daß das der Mitteilung vom 1. November beigefügte Protokoll, das die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Waffenstillstandes, sowie die Strafen für dessen Verletzung festsetzt, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.

Geschmigen Sie, usw. ges. G. Clemenceau. Nachschrift. Den 24. November 1919. Nach der Inkassierung des Friedensvertrages, dessen Inkassierung sich nur durch die Ratifikation des Protokolls der Nationalversammlung verzögert hat, ist durch Ihr Schreiben vom 23. November eine neue Forderung zur Kenntnis des Obersten Rates gebracht worden: Nach Herrn von Simson sind auch die deutschen Schwerverständigen abgereist, die vor drei Tagen angekündigt waren, um zusammen mit den Kommissaren der Verbündeten alle Fragen der Ausführung des Vertrages hinsichtlich der Arbeit der Verwaltung,

Wahlmännern und Grenzkommissionen zu regeln. Den Obersten Rat hat die Abreise der Delegierten lebhaft überreicht. Er kann darin nur ein Zeichen dafür erblicken, daß Deutschland die Vereinbarungen, die dem endgültigen Austausch der Ratifikationsurkunde des Friedensvertrages notwendigerweise vorausgehen müssen, noch weiter verzögern will. Diese Tatsache hat sehr bedauerliche Zweifel an den Absichten der deutschen Regierung hervorgerufen. Der Oberste Rat wünscht binnen kürzester Frist in dieser Hinsicht Klarheit zu erhalten, und überläßt der deutschen Regierung die volle Verantwortung für die von ihr verursachte Verzögerung der Wiederherstellung des Friedenszustandes. ges. G. Clemenceau.

Zu dieser Note wird offiziell bemerkt:

Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note gekreuzt. Es zeigt, daß der französischen Regierung, im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente, nun doch eingestanden ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Heimführung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, die sie niemals rückgängig vornehmen, sondern weitgehend der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichterhaltung deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche nicht eingehaltenen Bedingungen es sich hier handeln kann. Dabei muß alles aufscheiteln, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tag ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt. Die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angeführte Behauptung in der Enquete-Note weg, ebenso wie die behauptete Frage aufscheiteln muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Rieffel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die spärlichen, bei dem beispiellosen Ansturm der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen kaum ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich gegen erhebliche deutsche Leistungen vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können.

Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nachmals verhaftet werden, und zwar für die Inkassierung der Wägen, Docks und Krane, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben kaum geben kann. Aber mehr noch. Um sie zurückzubekommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernesthin alle militärischen und andere Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß, gerade so wie heute, unter diesen Zwangsmaßnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu verstehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volkvermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und demnach das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage, und nach den zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unklaren Rechtsboden begeben, um so weniger, als gerade heute die Nothilfe aus Paris kommt. Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgegeben werden sollen, wenn 800 000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbau-Betrieb eingetroffen seien.

## Die ungarische Reaktion.

Budapest, 27. November. Die Untersuchung über die Ermordung des Grafen Siejan Tisza hat mit der Einnahme des aktiven Oberleutnants Alexander Guetiner, welcher ein umfassendes Gehändnis abgelegt hat, einen erheblichen Fortschritt erzielt. Guetiner gab an, daß der Soldatenrat unter Führung des Hauptmanns Emmerich Fernholz die Ermordung Tiszas beschloffen habe. Am 31. Oktober 1918 haben Josef Pogany, Tibor Szanylodszky, Stefan Dobo, Stefan Gornath, Szanylodszky, Moritz Marcell, Goertner, Hauptmann Fernholz und Paul Keer in zwei Automobilen zur Villa, in der Tisza wohnte. Die ersten vier gingen in seine Wohnung, die übrigen postierten sich als Verbindungskette von der Wohnung bis zur Straße. Pogany machte Tisza für den Krieg verantwortlich. Szanylodszky kniete, auf Tisza geschossen zu haben. Von den Tätern ist Pogany nach Österreich geflüchtet. Gornath und Szanylodszky sollen in Estland sein. Zu ihrer Auslieferung wurden diplomatische Schritte eingeleitet.

## Auf falscher Fährte.

Unser Leitartikel vom Dienstag, „Die neuen Schicksale“, dient den Genossen Däumig als Anlaß, um eine lange Polemik gegen „Gegner des Rätebauseins“ und „bewusste und unbewusste Förderer der kapitalistischen Ausbeutungs- und Profittwirtschaft“ zu schreiben. Wenn Däumig mit seinem Artikel „Falsche Voraussetzungen“ nur den Zweck verfolgt, nachzuweisen, daß das Rätebausein nicht mit den „neoliberalistischen Bestrebungen in einem Topf“ geworfen werden darf, so ist die Annäherung an unseren Artikel gegenstandslos. Auch wir haben zwar — weil wir das der Gewerkschaftsbewegung karühig waren — festgestellt müssen, daß die Volkversammlung mit ihrer Resolution vom 12. November eine bedeutende Konzeption an die Idee der Betriebsorganisation gemacht hat, aber es ist uns nie eingefallen, die Rätebewegung der fundamentalistischen Bewegung ideell gleichzusetzen. In dem von Däumig erwähnten Artikel und in unseren früheren Betrachtungen über das ganze Problem steht kein Wort, das so zu deuten wäre. Wenn also Genosse Däumig seine Darlegungen mit einer mehr oder minder offenen Polemik gegen uns durchsetzt, so ist das — zum mindesten — der Ausdruck einer merkwürdigen Nervosität. Wir denken nicht daran, die Räteidee „als symbolische Fiktion in Verfall zu bringen.“

Däumig gibt eine neue Erklärung der Resolution vom 12. November, aus der hervorgeht, daß diese Resolution nichts anderes sein sollte, als eine Kritik an den Gewerkschaftsorganisationen, die bei der Entscheidung über den geplanten Generalstreik angeblich verjagt habe. Diese Kritik solle man nicht in „syndikalistische Schwärmereien umhängen“, schreibt Däumig, — tugderum ohne genau erkennen zu lassen, wen er damit treffen will. In unseren Reihen aber“, fährt er fort, „soll sie dazu dienen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und für alle Organisationen, die die soziale Revolution zu einem Siege des Sozialismus führen wollen, eine gemeinsame Operationsbasis und gemeinsame Aktionsrichtlinien zu finden.“

Wir nehmen auch von dieser neuen Erklärung mit Bewunderung Notiz, obwohl wir nicht glauben, daß eine Klärfahrt, die so sehr des Kommentars bedarf, wie diese Resolution, zu dem genannten löblichen Zweck beitragen kann. Gewissensvoll dient man diesem Zweck, indem man in stiller Nervosität gegen Behauptungen ankämpft, die nicht ungebrochen worden sind, und dem — vermeintlichen — „Gegner eine Auffassung unterstellt, um gegen sie polemisieren zu können.“

Dem Genossen Däumig gefällt das Wort „Betriebsdemokratie“ nicht und er findet es verdächtig, daß wir uns des Ausdrucks bedienen. Er gefällt ihm nicht, weil auch rechtssozialistische Gewerkschaftsführer von Betriebsdemokratie sprechen. Und er unterstellt uns — wieder nur in vagen Andeutungen —, wir wollten, berührte Tischenspieler, die wir sind, das Rätebausein gegen irgendeine Betriebsdemokratie vertauschen und den Arbeitern einreden, sie hätten das Rätebausein, wenn sie ein mehr oder minder unzulängliches Mitbestimmungsrecht besäßen. Einen positiven Anhalt für diesen Verdacht bringt Däumig nicht vor.

Trotzdem möchten wir in dem Bestreben, zu einer Verständigung und zur Klarheit zu kommen, auf die Dinge eingehen. Wenn wir von Betriebsdemokratie sprechen, so denken wir dabei an den ganzen Komplex der zu erkämpfenden Befugnisse der Arbeiter im Betrieb, die mit dem einfachsten Mitbestimmungsrecht beginnen und bis zur äußersten Forderung gehen.

Jeder, der unsere bisherigen Darlegungen darüber vorurteilsfrei liest, muß erkennen, daß wir keineswegs das letzte Ziel der Rätebewegung in einer Betriebsdemokratie sehen, wie sie von den Abhängern und Förderern der „Arbeitsgemeinschaften“ angestrebt wird. Wenn wir die Gewerkschaften zum Kampfe gegen die Arbeitsgemeinschaften und für ein Mitbestimmungsrecht auffordern, das nicht von Gnaden der Arbeitsgemeinschaften, sondern von dem Unternehmer, gewährt wird, so ist damit deutlich genug gesagt, daß dieses Mitbestimmungsrecht in seinen Wirkungen weit über den Rahmen dessen hinausgeht, was etwa im Betriebsratsgesetz angedeutet wird oder was in den Arbeiterausschüssen alten Stils gegeben war. Auch wir sind der Auffassung, daß in dem

System der Betriebsräte der Organismus der Sozialisierung geschaffen werden muß.

Man muß also von sehr „falschen Voraussetzungen“ ausgehen, wenn man uns eine Bewegung gegen das Rätesystem im Sinne unseres Aktionsprogramms unterstellen will, lediglich darum, weil wir von den Gewerkschaften, die in zahlreichen Resolutionen ein Bekenntnis für dieses Rätesystem abgegeben haben, fordern, daß dieses Bekenntnis zur Tat werde durch den Kampf der Gewerkschaften um das Rätesystem. Hier ist der Punkt, wo wir uns von Däumig trennen. Während wir von den Gewerkschaften die energische Förderung dieses Kampfes fordern, erklärt Däumig, daß die Gewerkschaften diese Aufgabe nicht erfüllen können. Weil wir diese Forderung vertreten, erscheint dem Genossen Däumig alles verdächtig, was wir in diesem Zusammenhang schreiben.

Wenn wir trotzdem bei dieser Auffassung beharren, so nicht, weil wir das Wirkungsfeld der Räteorganisation schmälern wollen, und noch weniger, weil uns die Forderungen der Räteorganisation zu weit gehen — sondern lediglich darum, weil der Kampf um diese Betriebsdemokratie — Däumig möge das schlimme Wort entschuldigen — logisch aus dem Kampf der Gewerkschaften erwächst, weil der Besitz des Mitbestimmungsrechts die Voraussetzung für weitere erfolgreiche Arbeit jener Gewerkschaften ist, die es ablehnen, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen vom guten Willen der in den Arbeitsgemeinschaften herrschenden Unternehmer oder eines Schiedsgerichts zu empfangen. Wir fordern ein Mitbestimmungsrecht, daß sich die Gewerkschaften unter voller Wahrung ihrer Unabhängigkeit vom Unternehmertum erkämpfen müssen, als erste Staffel jener Forderungen, die in ihrer Vollendung das Rätesystem ausmachen. Hier berühren sich die Aufgabenkreise und Kampfziele der Rätebewegung und der Gewerkschaften am engsten, und darum ist hier eine reinliche Scheidung der Kompetenzen und schärfste Klarheit über die tatsächlichen Notwendigkeiten am nötigsten. Nur wenn die Gewerkschaften festen Fuß in den Betrieben fassen können, werden sie in der Lage sein, erworbene Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern und zu dauernden Erfolgen zu gestalten. Wenn wir die Gewerkschaften zur energischen Führung dieses Kampfes aufrufen, so glauben wir, damit der Rätebewegung eine mächtige Stütztruppe zuzuführen. Trotzdem verdächtig man uns gerade deshalb des Verrats an der Räteidee!

Haben die Gewerkschaften aber die Pflicht, diesen Kampf zu führen, so müssen wir für sie aber auch das Recht fordern, über die Taktik im Kampfe selbständig und unabhängig zu entscheiden. Das ist das Hauptkern. Um diese Frage allein geht der Streit. Und es ist dringend notwendig, daß hierüber und über die andern in engem Zusammenhang damit stehenden Fragen der Gebietsabgrenzung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Rätebewegung endlich Klarheit geschaffen wird. Diesem Zweck sollte unsere Kritik an der letzten Resolution der Vollversammlung dienen, und wir möchten den Genossen Däumig dringend ersuchen, sich bei den weiteren Auseinandersetzungen an diesen Kern des Problems zu halten. Tut er das nicht, so werden seine Ausführungen zu der Frage zwecklos bleiben.

## Der Sumpf.

Scheidemann hatte in seinen Ausführungen in der Presse erklärt, daß die zum Fall Parvus-Sklarz veröffentlichten Schriftstücke zum Teil erlogen, zum Teil gefälscht seien. Demgegenüber veröffentlicht die B. S. Korrespondenz eine Anzahl Dokumente, die die Mitwirkung der Regierung bei dem Vertrieb eines von der Firma Parvus-Sklarz (Verlag für Sozialwissenschaft) in großen Mengen hergestellten „antibolschewistischen“ russischen Kalenders illustrieren. Wir lassen diese Dokumente folgen:

1. Die Reichsregierung.  
Berlin, den 3. Februar 1919.  
Der Verlag für Sozialwissenschaften hat eine Million russischer Kalender fertiggestellt, deren Ausfuhr nach Rußland in demselben Interesse liegt. Alle Militär- und Zivilbehörden werden daher gebeten, bei der Beförderung dieser Kalender jede Hilfe zu leisten, besonders auch bei dem Bahustransport.

gez. H. Scheidemann.  
L. S. der Reichskanzlei.  
Ich bestätige die volle Uebereinstimmung dieser Kopie mit dem Original.

Berlin, den 4. April 1919.  
gez. G. Pirwih, Zahmeisterstellvertreter.  
2. Der Reichswehrminister.

Berlin, den 12. 4. 1919.  
Vendlerstraße 14.  
Auf Veranlassung der Reichsregierung wurden zu Propagandazwecken russische Kalender zum Kampf gegen den Bolschewismus hergestellt. Die Kalender werden von der Dientkommandantur Berlin an das Generalkommando nach Romno geschickt. Ausländische Kalender an den Vorzeiger eines Ausweises zur Aufnahme der bolschewistischen Gegenpropaganda erheben.

3. A.: gez. (Hahn).  
Stempel: Preussische Kommandantur von Berlin.  
Stempel: Der Reichswehrminister.  
An das Generalkommando der B. S. A. Romno.  
4. Der Reichswehrminister.

Berlin, den 27. April 1919.  
Vorzeiger dieses, Herr Hermann Sonnenfeld (ein Angestellter von Sklarz, D. Red.), wohnhaft in Charlottenburg 2, Vendlerstraße 1, reist im Reichsinteresse nach Romno. Alle Militär- und Zivilbehörden werden gebeten, Herrn Sonnenfeld auf sein Verlangen behilflich zu sein.  
Stempel: Der Reichswehrminister.  
3. A.: gez. Gregor.

Der Präsident  
des Reichsministeriums. Berlin, 20. Mai 1919.  
Russische Kalender, die von dem Verleger mit Erlaubnis der Reichsregierung von der Dientkommandantur in Berlin an das Generalkommando nach Romno geschickt worden sind, konnten dort wegen der Sperrung der Grenzen durch die Polen nicht nach Rußland gebracht werden. Sie sollen nunmehr von Romno über Insterburg—Tilsit nach Riga befördert werden. Ausländische

der Kalender an den Vorzeiger dieses, Herrn Hermann Sonnenfeld, hat auf sein Verlangen jeberzeit zu erfolgen.

Stempel: Reichskanzlei. 3. A.: gez. Polak.  
Die vorstehenden Dokumente zeigen deutlich, daß die Regierung, vor allem das Reichswehrministerium, den Herren Parvus und Sklarz alle nur möglichen Vergünstigungen gewährte, um den — übrigens bereits veralteten — „antibolschewistischen“ Kalender nach Rußland zu schaffen. In seiner tödlichen Verlegenheit sucht der „Vorwärts“ seinen Freund Scheidemann damit zu rechtfertigen, daß es sich „bei der ganzen Sache lediglich um die Fortführung eines von der alten Regierung begonnenen Unternehmens handelte“. Dieses Verlegenheitsgestammel unterstreicht aber die Tatsache, daß der „politische Hochstapler“ Parvus und der Schreiber Sklarz (der jahrelang als Spindel des Auswärtigen Amtes im Auslande tätig war) unter der Regierung Scheidemann-Roske ebenso begünstigt wurden, wie unter der wilhelminischen Regierung. Einen schlagenden Beweis dafür bietet folgende von Scheidemann ausgestellte Empfehlung, deren Echtheit in der Sitzung der Partei am 27. September von ihm nicht angezweifelt wurde:

Abholer wartet im Botenzimmer.  
L. 23/11.  
Staatssekretär Scheidemann.  
Berlin, den 18. November 1918.

Dem Verlag für Sozialwissenschaften G. m. b. H. sind auf Veranlassung der Reichsbehörden vor mehreren Monaten Einfuhrbewilligungen für Papier gegeben worden. Die wichtigsten Gründe, berechtigen diese Erlaubnis erteilt worden ist, bestehen unverändert weiter. Ich bitte deshalb, die dem genannten Verlag bisher gewährte Hilfe in derselben Form weiter zu gewähren, insbesondere also eine Beschlagnahme des Papiers oder Zurückziehung der Einfuhrerlaubnis zu unterlassen.

gez. Scheidemann.  
Es wird von recht erheblichem Interesse sein, zu erfahren, welcher Art die „triftigen Gründe“ waren, die Herrn Scheidemann veranlaßten, der Firma Parvus-Sklarz Einfuhrbewilligungen für Papier zu erteilen und sie der besonderen Gunst der nachgeordneten Stellen zu empfehlen. Doch nicht nur dieser Fall allein fordert schleunigste Klarstellung; die ganze Affäre, die immer weitere Kreise zieht und sich zu einem politischen Panama auszuwickeln droht, drängt förmlich zur Klärung. Die Deffektivität wird nun damit vertrittet, daß die Angelegenheit vor Gericht klaggestellt werden würde. Mit einem solchen Hinweis kann aber die Sache nicht abgetan werden. Die Regierung und die ihr nahestehenden Personen hätten es in der Hand, für Aufhellung der ganzen Affäre zu sorgen. Sie brauchen nur 1. die schleunigste Auslieferung des nach Holland geschickten Herrn Sonnenfeld zu betreiben, und 2. Straf Antrag gegen den früheren Leiter der „B. S.“ und des Verlags für Sozialwissenschaft „A. Baummeister“ zu stellen, von dem, wie in der Presse mitgeteilt wurde, ein großer Teil des Aufklagematerials herrührt. Es wäre von Interesse zu erfahren, was die Regierung in dieser Hinsicht unternommen hat.

Roske, Parvus und Sklarz.  
Der Reichswehrminister Roske machte einem Redaktionsmitgliede des „Berl. Tagbl.“ einige Mitteilungen über seine Beziehungen zu Parvus und Sklarz. Wir entnehmen diesen Ausführungen folgende:

„Ich kenne die beiden Herren“, sagte der Minister, „nur ganz flüchtig und weiß daher nur sehr wenig von ihren Geschäften. . . Ich selbst habe weder in näherem persönlichen, noch in geschäftlichem Verkehr mit Parvus standen. Nicht einmal eine Zigarette habe ich von ihm angenommen. Den Herrn Sklarz habe ich erst in der Zeit nach der Revolution kennen gelernt, als ich Mitte Dezember von Kiel nach Berlin kam, um den kommunistischen Brand zu löschen. In den Januarlagern, als es hart auf hart ging, als die Wilhelmstraße unzugänglich von demontierten Massen belagert wurde, so daß im Reichsangebot kein Mensch Ruhe hatte und seines Lebens sicher war, haben Ebert und Scheidemann allerdings wiederholt einer Aufforderung des Herrn Sklarz in seiner nahegelegenen Wohnung (Regenstraße, Ecke Tiergartenstraße) zu speisen, Folge geleistet. Auch ich, der ich im Hause des alten Marinekapitän (Vondlerstraße) ohne Familie wohnte und die Räume in einer sibirischen Weise, dem sogenannten „Koblenz“, zubrachte, das außer der Matraxe nur eine Decke enthielt, bin ein paarmal, im ganzen jedoch, im Hause der Regenstraße gewesen, um zu essen. Einmal hat auch Herr v. Gilla, mein persönlicher Adjutant, einen Zettel in das Haus der Regenstraße geschickt, mit der Bitte, für ihn und für mich zwei Couverts bereit zu halten.“

Als die Kommunisten sich im Januar immer größerer Teile Berlins bemächtigt, befand ich mich in Dabbin, um Berlin „wiederzuerobern“. . . In dieser Situation hat, ohne mein Zutun, Sklarz für die Besetzung des „Reichstags“ gesorgt. Als ich bereits Reichswehrminister war, kam Sklarz in mein Bureau und sagte mir, daß er verdröben große Lebensmittelposten für die Truppen beschaffen könnte. Kurze Zeit darauf trat an mich das Korps-Lütich heran und fragte über die künftigen Verpflegungsverhältnisse; ich wies auf das mir gemachte Angebot hin, habe mich dann aber um den weiteren Gang der Dinge nicht mehr gekümmert. Seit ich wieder von gewissen Unregelmäßigkeiten hörte, habe ich sofort, ehe noch die künftige Unternehmung eingeleitet und abgeschlossen wurde, angeordnet, daß je solcher Geschäftsvorgang mit Herrn Sklarz abzubrechen sei.“

Eine Erklärung.

Dem Reichsverband des Herrn Georg Sklarz erhalten wir folgende Aufschrift:

Für Herrn Georg Sklarz teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die Mitteilung des Herrn Emil Eichhorn, daß er Herrn Sklarz keine Genehmigung zur Errichtung einer Tag- und Schließgesellschaft gegeben, ebenso nicht der Gesellschaft Mitteil geliefert oder selbst, bzw. für seine Frau, von Herrn Sklarz irgendwelche Geschäfte bekommen hat, durchaus zutreffend ist.

Herr Sklarz legt auch Gewicht darauf, dies feststellen zu lassen, weil der Name des Herrn Eichhorn zu Unrecht in die Angelegenheit hineingezogen ist. Es war damals, am 12. November 1918, noch nicht ganz klar, wer Vorkämpfer des Ausweises von polnischer Seite aus gütlich anzustellen hatte. Deshalb hat, um beschleunigte Kompetenschwierigkeiten von vornherein auszu-scheiden, Herr Wladon als Vollkommener des Sicherheitsdienstes dieartigen Ausweise durch seine Unterfertigung bewirkt, welche der Kommandant Weiss als solcher ausgefertigt hatte.

Parvus, Sklarz u. Co.  
T. U. Berlin, 23. November.  
Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, ist das Friedmannsche Interdikt von den Herren Parvus (Dr. Goldhand) und

Sklarz, die in den letzten Tagen in den Betrieben durch gegen sie erhobenen schweren Verdächtigungen viel von sich gemacht haben, für 700 000 Mark angekauft worden.

Den „B. S. A.“ geht nachstehende Erklärung zu:  
„Im Auftrage des Herrn Georg Sklarz bitte ich Sie, Bezug auf die in der Presse gebrachten Mitteilungen davon Kenntnis zu nehmen, daß Herr Sklarz gegen den Schriftsteller W. Sochaczewski, Belle-Alliance-Platz 2, und die anderen Personen, welche diese Mitteilungen veranlaßt haben, wegen Verleumdung beim zuständigen Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt hat. Die gebrachten Mitteilungen waren vor längerer Zeit Herrn Georg Sklarz zum Kauf angeboten worden; er hat den Ankauf abgelehnt, weil er sich nicht vorzumerken hat. Den Offizianten hat er damals damals wegen verächtlicher Erpressung angezeigt.“  
Berthauer, Justizrat.

## Scheidemanns Auslagen über die Januarlämpje.

Genosse Breitfeld schreibt uns:

Vor dem Untersuchungsausschuß der Preussischen Landtagsammlung hat Scheidemann dieser Tage über die Bewandnis der Unabhangigen bei den Berliner Januar-Kampfen Ausführungen gemacht, die nicht unbedeutend bleiben dürfen. erzählte nach dem Bericht des „Vorwärts“, daß am Vormittag 6. Januar Kautsky, Dittmann und Eckart Cohn bei den Hauptfragen gewesen seien, um sich als Vermittler anzubieten. Diese hätten in weitgehender Weise ihre prinzipielle Zustimmung zur Verhändlung bekundet. In der Nacht hingegen seien die Unterhändler von der andern Seite — teilweise müde Geistes von den sogenannten revolutionären Vertrauensleuten — gekommen und hätten weitgehende politische Forderungen gestellt. Es sei ihnen bedeutet worden, daß dem Beginn politischer Verhandlungen zunächst die beiden bündel geräumt werden müßten. Da die revolutionären Vertrauensleute aber die besetzten Zeitungen als Hauptstapel behielten wollten, sei eine Einigung nicht zustande gekommen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Am Sonntag des 6. Januar begaben sich im Auftrage des Parteivorstandes Kautsky, Dittmann und ich in die Reichskanzlei, um die Vermittlung Unabhangigen anzubieten. Eckart Cohn, den Scheidemann wählte, besand sich nicht in unserer Gesellschaft, sondern hatte übernommen, zusammen mit anderen Parteigenossen bei Gegenstände zu sondieren. Die Aufnahme, die uns die Vertrauensleute bereiteten, war in der Tat recht freundlich. Sie dankten für unsere Bemühungen, und wir hatten den Eindruck, daß unser Eingreifen recht willkommen sei.

Es wurde verabredet, daß sobald die revolutionären Vertrauensleute ihre Zustimmung zu Verhandlungen erklärt hätten, eine allgemeine Besprechung stattfinden solle, an der auch die Vermittler teilnahmen. Erst in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar kam die Konferenz in der Reichskanzlei zustande. Von Vollbeauftragten waren anwesend Ebert, Scheidemann, Parvus und Wiffel. Von der Unabhangigen Partei Kautsky, Parvus, Luise Heg, Cohn, Baum und ich. Außerdem hatten etwa acht Vertrauensleute der revolutionären Arbeiter von Lebedour eingeschanden.

Die Stimmung bei den Vollbeauftragten war von Anfang an eine wesentlich kühlere und zurückhaltendere als am Montag, und ich erinnere mich, daß Dittmann und ich in dieser Unterhaltung alsbald diesen Eindruck konstatierten. Es zeigte sich offenbar im Laufe des Tages Ereignet, die die Entscheidung der Regierung erforderten.

Die Sitzung hatte kaum begonnen, als der Konflikt über die Verhändlung war. Er wurde keineswegs von den Arbeitern hervorgerufen. Diese „wüßten Geistes“, wie sie der neuedings durch den Ausgang veränderte Herr Scheidemann bezeichnet, verhielten sich durchaus korrekt und sachlich. Aber Herr Landsberg gleich zu Beginn der Erörterungen mit Nachdruck forderte Voraussetzung für alle Verhandlungen die sofortige Freigabe der besetzten Gebäude sei. Die Verhandlungen, die Vollbeauftragten von diesem Standpunkt aus zurückwies, waren vergeblich. Auch als zuletzt die revolutionären Arbeiter verlangten, daß nur der „Vorwärts“, das alle Verhandlungen zum Abschluß der Verhandlungen in ihren Händen bliebe, lehnten Landsberg und seine Kollegen ab, und so wurde die Verhandlung.

Beigehende politische Forderungen sind von den Arbeitern vertreten in dieser Sitzung überhaupt nicht erhoben worden. Es ist ganz verständlich, wie Scheidemann sie für das Verhandlungskommen eines Kompromisses verantwortlich machen konnte. Man wollte eben diesen nach derhaltenen Müssen den den nicht, und wenn es sich auch erweisen nicht doch bewiesen läßt, so spricht doch, was Dittmann auch als Hauptredoubtprozess hervorgehoben hat, alle Wahrscheinlichkeit, daß zwischen Kautsky und Abend Herr Roske, der bei seinen Besprechungen anwesend war, günstige Nachrichten über den Gang seiner Verhandlungen mit den Vertrauensleuten gebracht hätte, daß die Vollbeauftragten in der Nacht ihres Sieges Arbeiter sicher waren.

## Die bedrohte Ernährung.

Einige Interpellationen des Zentrums und der Demokratischen nationalen veranlaßten am Mittwoch und Donnerstag der Nationalversammlung eine Debatte über den Stand der Ernährung. Selbstverständlich benutzten ihn die Demokratischen nationalen, die Zentrumslente und die Demokratischen nationalen, die Zentrumslente gegen die Anwesenheit eines scharfen Vorstoß gegen die Anwesenheit der nationalistischen auf die Folgen für die Massen forderten die sofortige Aufhebung.

Mit aller Entschiedenheit wandte ich Genosse Sklarz gegen dieses Verlangen. Er enthielt die Schuld nicht an der Karrieren an den trostlosen Ernährungsverhältnissen der Landbevölkerung fest, daß die Weigerung zur Abileterung der Landbevölkerung schon lange sichtbar und auf die Arbeiterklasse sei ein notwendiges Übel und solange nicht zu entfernen als nicht der freie Markt wieder hergestellt ist, und die geringe eigene Erzeugung durch die ausländische Wirtschaft ausgetrieben werden könne. Jede Milderung der Ernährungsverhältnisse bedeute gewaltige Steigerung der Ernährungsverhältnisse unserer Wirtschaft. Die Milderung der Ernährungsverhältnisse leide schon jetzt entsetzlich und sei nicht mehr zu ertragen hohen Preise zu bezahlen. Der Gegenstand müßte durch und Preisen werde immer größer, während die Preise für die etwa um das dreifache gestiegen seien, sollen die Preise für die merten Lebensmittel das fünf- und sechsfache. Deshalb ist es unverantwortlich, wenn der Landwirtschaft

... im Gegensatz zu Schmidt, der jetzt eingeschoben habe, die Zwangswirtschaft nicht aufgehoben werden könne, die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker und für die Kartoffeln eintrete. Wurm vermerkte in dieser Rede auch die interessante Tatsache, daß der Führer des Landarbeiterverbandes Georg Schmidt in einer Sitzung des preussischen Landwirtschaftsministeriums erwidert habe, kein monarchischer Sozialdemokrat sei jemals für die Sozialisierung der Landwirtschaft eingetreten.

## Deutsche Nationalversammlung.

III. Sitzung. Dienstag, den 27. November 1918.

Die dritte Lesung der Reichsabgabenordnung muß noch zu beschließen werden. Da zahlreiche Änderungsanträge eingebracht sind, die noch nicht gedruckt werden konnten.

### Die Ernährungsfrage.

Es wird vorher zunächst die Aussprache über die Interpellation über die Ernährungsfrage fortgesetzt.  
Abg. Stäpper (Bayr. Volksp.): Wir müssen den Deutsch-Oesterreichern helfen, soweit es möglich ist. Die Lebensmittelpreise sind in allen Ländern gestiegen. Bei uns ist die alte Regierung an der Forderung schuld. Sie hat die Preise in die Höhe getrieben, indem sie die Munitionsfabrikanten mit außergewöhnlichen Löhnen bezahlte, um nur Munition zu bekommen. Hätte sie in derselben Höhe für Lebensmittel gesorgt, so stünde es besser um uns. Die alte Regierung verlor auch in der Lebensmittelfrage.  
Abg. Jandrey (Zent.): Die Behauptung, daß die Lebensmittelpreise der Kinder der Großstädte auf dem Gewissen der Regierung zu lasten kommen, ist nicht richtig. Die Kinder sind freiwillig bei uns aufgenommen. An der Kartoffelnot ist das Verlangen der Lebensmittel schuld.

### Abg. Wurm (U. Soz.):

Der größte Widerstand der Landwirtschaft gegen die Zwangswirtschaft ist bereits da, er braucht gar nicht mehr angebracht zu werden. Aber erst die Agitation des Landvolkes hat die Landwirtschaft zum Vorstand aufgereizt.

Land und Land gehen einer Ernährungsnot entgegen, wenn nicht ganz energisch dagegen vorgegangen wird. Ein Ausbruch in der Lebensmittelversorgung durch Einbruch des Weltmarktes ist illusorisch geworden durch den Stand der Weltwirtschaft. Die Zwangswirtschaft ist ein notwendiges Übel und bleibt es, solange der freie Markt nicht existiert, und solange die Nachfrage über die Produktion liegt. Die freie Wirtschaft kann erst dann eingeführt werden, wenn so viel da ist, wie wir brauchen. Wenn wir auch der Konsumen zu seinem Rechte kommen, augenblicklich kommt nur die Landwirtschaft zu ihrem Recht und trägt zur Verbilligung der großen Gegenstände nur noch wenig bei. Die Landwirtschaft soll aber die Dinge nicht auf die Spitze treiben. Die Preise sind nicht mehr wie früher. Es gibt noch andere Mittel als Gewehre. Die Arbeiter lassen sich die pregenzliche Ausbeutung nicht mehr gefallen, denn der Landarbeiter hat mit dem Industriearbeiter zusammengeworfen.  
Das Joch der Landwirtschaft hat nicht nur höhere Preise, sondern auch eine Verringerung an die Weltmarktpreise, d. h. bei den Weltmarktpreisen an die Weltmarktpreise. Es werden aber nicht mehr, daß der Weltmarktpreis unter Umständen niedriger ist als unsere Preise. Es sind unfaire Vorteile, für das Land die Weltmarktpreise zu fordern. Eine sechsstellige Familie verdient jetzt jährlich 18 000 M., um ihre nächsten Lebensbedürfnisse zu decken. Bei Weltmarktpreisen, also Weltmarktpreisen, würde sie 40-50 000 M. gebrauchen.

Der Leiter des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg hat vorgeschlagen, daß in Berlin die rationierten Lebensmittel für zwei Wochen gegenwärtig 19,30 M. kosten, während für 1918 für 2,97 M. zu haben waren. Es folgen: Zucker das Doppelte, Kartoffeln das Doppelte, Margarine das Doppelte, usw. Dank der Aufhebung der Zwangswirtschaft, das heißt der Aufhebung der früheren Preise. Die Lebensmittel sind aber unter der Lebenskostensituation weit zurückgefallen. Die Kosten der rationierten Lebensmittel sind bereits um das Fünffache gestiegen, die Löhne bei und in Deutschland aber nur um das Doppelte. Die Löhne im Ausland sind viel höher als in Deutschland, die Lebenskosten aber niedriger.  
Was empfiehlt die Kommission hat festgestellt, daß in Dortmund jedes fünfte bis sechste Kind im Alter von zwei bis sieben Jahren in Folge Unterernährung nicht laufen kann und nicht mehr laufen lernen wird. So weit sind wir mit unserer Ernährungsfrage gekommen. Der Reichsernährungsminister Schmidt hat gestern in seiner Rede seinen Jreum über die Aufhebung der Zwangswirtschaft einverstanden. Einen bestimmten Standpunkt bezüglich der Zwangswirtschaft aber nur die Freigabe des Zuckers, sondern auch die der Kartoffelwirtschaft. Das aber würde zu den verhängnisvollsten Entscheidungen führen. Die Landwirtschaft verlangt die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht nur wegen der erhöhten Produktionskosten, sondern weil sie wünscht, daß der Ertragswert ihrer Arbeit ihrem Produktionswert angemessen wird. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird mit ihren gewaltigen Preissteigerungen auch den alten Freikauf schaden.

Die Interpellation wird erledigt. Der Zentrumsantrag wird nach Art. 100 des Grundgesetzes (D. V.) und Art. 106 (Z. V.) in folgender Fassung angenommen: Die Regierung wird aufgefordert, die Landarbeiter unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vereinigungen von landwirtschaftlichen Arbeitern zu unterstützen, während der Zeit bis zur Vergütung der ganzen Produktionskosten auf Verlangen der Arbeitgeber Leberstunden und Sonntagsarbeit gegen eine besondere Vergütung zu leisten, wie sie in den Tarifverträgen, deren Abschluß zu fördern und deren Durchsetzung zu erleichtern ist, vorgesehen ist. Die landwirtschaftlichen Vereinigungen sind ersucht, sich während dieser Zeit der Zwangswirtschaft zur Verbilligung der Lebensmittel zu bemühen. Die Landarbeiter sollen während der Zwangswirtschaft in der Produktion von Getreide, Kartoffeln, Obst, Gemüse, Milch, Fleisch, Fisch, Honig, Wachs, Seife, Papier, Holz, Eisen, Stahl, Eisenbahnmaterialien, Kohlenlieferung an Produktionsstätten und Brennstoffen) ebenfalls angenommen.

### Die Reichsabgabenordnung.

Es folgt dann die dritte Lesung der Reichsabgabenordnung. In der allgemeinen Aussprache erhebt  
Abg. Thälinger (D. V.) nochmals Einspruch gegen das Gesetz, das mit der Verfassung nicht im Einklang stehe. Der Reichstag hat eine Willen durch die Spar-Prämienanleihe in unzulässiger Weise zu erhöhen.  
Reichsfinanzminister Erzberger: Die Grundgedanken des Gesetzes hat der Korredner nicht beanstanden können. Er will nur sagen, daß es den Weg zum Einheitslohn ebnet. Das ist aber gerade der größte Vorzug des Gesetzes. So lange ich nicht zum Einheitslohn bin, werde ich alles tun, um das deutsche Volk zum Einheitslohn zu führen. Eine Gewaltvollheit ist notwendig lang von Voraussetzungen getrieben worden. (Großer Beifall.) Wir sind zuversichtlich: Wo waren Sie früher? Sie die Medien nachlesen, die ich 1907 und 1908 gegen die Regierung geschrieben habe. (Lärm des Abg. Nießer (D. V.): Die Regierung hat die Willen durch die Spar-Prämienanleihe in unzulässiger Weise zu erhöhen. Wir bekämpfen alle Gewaltmaßnahmen.

Wenn Sie (nach rechts) das nicht anerkennen, so ist das der Gehalt der Freiheit. (Erneute große Lärme rechts. Lärm: Sie sind der größte Feind der Freiheit. Der Präsident ist die größte Feindin der Freiheit.) Ich bin erfreut, daß die Deutschen sich jetzt als Hüter der Reichsverfassung aufspielen, nach dem sie sie bisher verworren haben. (Lärm rechts.) Als aller Vorkämpfer sage ich aber: Frau, schau wein! (Weinerlein.) Der Reichstag ist die Regierung der Freiheit wichtiger, als die Regierung des ganzen deutschen Volkes. (Lärm rechts bei der Rede.) Die Reichsabgabenordnung ist die konsequente Ausführung des Art. 14 der Reichsverfassung. Darum bitte ich um Ablehnung des Reichstagesantrages. (Lärm rechts bei der Rede.)

Abg. Ragenstein (Soz.): Es ist anzuerkennen, daß der Grundgedanke der Reichsabgabenordnung einen wesentlichen Fortschritt nicht nur unserer Finanzverwaltung, sondern unseres ganzen Wirtschaftslebens bedeutet.

Die Reichsabgabenordnung wird in der Gesamtstimmung mit geringen Änderungen nach den Beschlüssen der zweiten Lesung gegen die Stimmen der Reichstagsnationalen angenommen.

### Die Disfaktion für Deutsch-Oesterreich.

Präsident Lehmann: Der Antrag geht dahin, die Reichsregierung zu ersuchen, für die nächsten vier Wochen unsere Weizenversorgung um je 50 Gramm zu kürzen. Wir wissen, daß es für viele notleidende Familien in unserem Reich ein schweres Opfer ist, aber wir glauben doch, daß das Gefühl der Gemeinamkeit, des Mitleids mit dieser Not uns bestimmen kann, auf diese 50 Gramm zu verzichten. Es ist nicht viel, aber es wird immens genügen, um der größten Notlage in Oesterreich, besonders in Wien, abzuweichen.

Abg. Geier-Weißig: Ich habe für meine Fraktion folgende Erklärung abgegeben: Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Deutschlands erklärt sich damit einverstanden, daß aus dem Budgetüberschüssen des Deutschen Reiches zur Linderung der schweren Ernährungsnot des deutsch-österreichischen Volkes sofort Hilfe geleistet wird. Jedoch in Anbetracht dessen, daß auch die ärmere Bevölkerung in den Städten unter dem Rohstoffmangel schwer zu leiden hat, kann meine Partei einer Kürzung der Rationierung nicht zustimmen, sondern sie fordert vielmehr die Selbstversorgung der Arbeiter durch ihre Rationierung. In Anbetracht unserer Rationierung bitte ich um geordnete Abstimmlung über die einzelnen Abzüge.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Steuervorlagen.

## Preussische Landesversammlung.

Die preussische Landesversammlung nahm gestern ihre Plenarsitzung wieder auf. Eine Interpellation über das Friedensmännliche Tuberkuloseheilmittel fand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Die Meinungen über den Wert des Heilmittels sind sehr geteilt. Was aber die Debatte besonders charakterisierte, waren die entsetzlichen Elendsbilder, die dabei gezeichnet wurden. Danach sind die Tuberkulosefälle meist auf das Bleibende der Vorkriegszeit zurückzuführen. Die Heilmittel haben an ausreichenden Nährstoffen kaum noch Anteil. Die Mangelernährung ist infolge der Rohstoffknappheit von Tag zu Tag. Dementsprechend kann dem Reichssozialisten Größt begehrt werden, wenn er fordert, angesichts solcher Lage müsse mit größtem Nachdruck daran gearbeitet werden, daß jedes geeignete erfindende Mittel zur Bekämpfung der Volkskrankheit angewendet wird. Hierbei ist allerdings Voraussetzung, daß dieses Mittel sich in ausreichender und gewissenhaften Prüfungen auch als Heilmittel erwiesen hat.  
Hierauf wurde die Debatte abgebrochen und die Sitzung auf Freitag mittag vertagt.

### Respekt vor der Regierung!

Es wird folgende offizielle Meldung verbreitet:

Die Regierung verteidigt die Auffassung, daß der Ausnahmezustand in Bitterfeld an sich höchst unerwünscht ist, sie möchte ihn in Uebereinstimmung mit der Arbeiterchaft tunlichst bald aufheben und die Truppen zurückziehen. Die Regierung kann es jedoch nicht als zulässig ansehen, daß das Geschehen der Reichswehr ein Streikgrund ist. Voraussetzung für die Aufhebung des Belagerungszustandes und den Abmarsch der Truppen in ihre Standorte ist daher die vollständige Aufnahme der Arbeit. Die zivilen und militärischen Stellen im Bezirk sind angewiesen, sich über den Zeitpunkt der Zurücknahme des Ausnahmezustandes schleunigst zu äußern.

Also: die Arbeiter mögen tausendmal im Recht sein, aber der Respekt vor der Regierung und vor der Reichswehr muß bewahrt werden, und daher soll die Arbeiterchaft erst zu streiken beginnen, damit sich die Regierung zur Aufhebung des verfassungswidrigen Ausnahmezustandes entschließen kann. Freilich ist nicht so schnell zu geben, denn nach einer anderen offiziellen Meldung hat sich auf den beiden streikenden Werken eine kleine Anzahl von Arbeitwilligen gemeldet.

Die Worte von dem „unerwünschten“ Ausnahmezustand ist eine blanke Forderung. Diese Regierung kann sich in Wirklichkeit nur dadurch in der Nacht erhalten, daß sie mit Hilfe des ewigen Belagerungszustandes die freiheitliche Bewegung der Arbeiterchaft brutal unterdrückt.

### „Die großen Konsequenzen.“

Die Reichssozialisten stoßen die erschütterlichsten Drohungen aus. Sie verlangen von ihren Zentrumsbrüdern, daß sie sich über die Bilanz der Reichsregierung entscheiden. Sollte es morgen zu keiner Beschlußfassung über die Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung in diesem Punkte kommen, könnten daraus die größten Konsequenzen erwachsen. So schreiben die „P. V. R.“ am Donnerstag.

Die „größten Konsequenzen“ werden nicht eintreten. Der Aufstand wird noch rechtzeitig zu Stande kommen, zumal die Reichssozialisten den bürgerlichen Parteien das Streikrecht der Arbeiter, die Freiheit der Organisationen, das ungeschmälerte Wahlrecht zum Opfer bringen wollen.

### Gleiches Recht für alle.

Ein interessanter Prozeß der zeigt, daß Herr Koste, wenn es sein muß, auch gegen rechts scharf zugucken verheißt. Spätestens am 26. November vor dem außerordentlichen Kriegsgericht I ab. Der fünfjährige Gymnasiast Fritz Meyer war verhaftet worden wegen Teilnahme an den Demonstrationen für Hindenburg und die Gegenrevolution. Er sollte dadurch gegen das Verbot der Teilnahme an öffentlichen Aufzügen verurteilt werden. Es wurde ihm sogar zur Last gelegt, dem Zuge eine schwarz-weiß-rote Fahne voranzutragen zu haben. Er wurde diesbezüglich auf freier Tat verhaftet und mußte 12 Tage im Untersuchungsgefängnis zubringen. Im Hauptverhandlungstermin beantragte der Vertreter der Anklage eine Gefängnisstrafe von 10 Jahren wegen den unzulässigen

Wissenslaster, wobei er hervorhob, daß heutzutage ja selber schon Jugendliche von 15 Jahren politisch vollkommen aufgeklärt seien, also die zur Teilnahme an den Demonstrationen erforderliche Einsicht hätten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 5 Tagen Gefängnis, wobei es gegenüber dem Bedenken des Verteidigers hervorhob, daß nach der Verordnung vom 8. März d. J. jede Teilnahme an einem öffentlichen Aufzuge strafbar ist.

Nachricht: Kurz vor Redaktionsschluss erfahren wir, daß unserem Berichterstatter in vorliegendem Bericht einige Irrtümer unterlaufen sind. Fritz Meyer ist kein Gymnasiast, sondern ein jugendlicher Arbeiter. Der Demonstrationszug galt nicht Hindenburg, sondern der Erinnerung an den russischen Revolutionstag vom 7. November und die Fahne war nicht die schwarz-weiß-rote der Gegenrevolution, sondern die rote Fahne, die langjährige Standarte des jetzigen Reichspräsidenten, Ministerpräsidenten und Reichswehrministers. Der Freim unseres Berichterstatters ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Verteidiger Dr. Siegfried Weinberg in seiner Verteidigungsrede zum Vergleich auf die ungeheuerlichst blutigen öffentlichen Demonstrationen jugendlicher und Erwachsener für Hindenburg und die Gegenrevolution hingewiesen und das Wesen mit doppelter Maßgabe gebührend gekennzeichnet hatte.

## Strafantrag gegen die „Freiheit“.

Berlin, 26. November.

Der Oberstaatsanwalt hat gegen den verantwortlichen Redakteur der Freiheit wegen Beleidigung des ersten Staatsanwaltes Weichmann und des Staatsanwaltes Zumbroich, enthalten in der Montagabendausgabe des Blattes, Strafantrag gestellt.

Wir sehen dem Verfahren mit großem Interesse entgegen, da uns endlich einmal Gelegenheit gegeben wird, den Mafiosi in volkstümlicher Form aufzurollen, als dies bei dem demnächst stattfindenden Marlopprozess der Fall sein dürfte.

## Keine neue Verkehrsperre.

Berlin, 27. November.

Von ausländischer Stelle wird mitgeteilt: Die Nachrichten über eine bevorstehende neue Sperre des gesamten Personenzugverkehrs sind unbegründet. Die Verkehrsbehörde hat sich bereits soweit geäußert, daß eine solche Sperre nicht mehr erforderlich ist. Sollte sie sich wieder verschlechtern, so würden etwaige neue Sperremaßnahmen rechtzeitig bekanntgegeben werden.

## Frühere Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen.

Frankfurt, 27. November.

Die einzelstaatlichen Regierungen, einschließlich Preußen und Sachsen, haben sich in den kürzlich abgehaltenen Vorbesprechungen damit einverstanden erklärt, daß die Staatsbahnverwaltungen nicht erst am 1. April 1921, wie es in der Verfassung vorgesehen ist, sondern schon am 1. April 1920 auf das Reich übergehen.

## Neue Erklärungen Lenins.

T. U. Amsterdam, 27. November.

Das „Handelsblad“ schreibt: Nach dem „Daily Herald“ hat Lenin an den Korrespondenten des „Chicago Daily News“, Leovine, ein Schreiben gerichtet, in dem er in Verantwortung auf die von dem Korrespondenten gestellten Fragen nochmals ausdrücklich erklärt, daß die Friedensvorläufe, wie sie feinerzeit mit Bullit aufgestellt wurden, noch immer gültig seien und daß Sowjet-Rußland wiederholt den Frieden angeboten habe. Auch sei Rußland bereit, die Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu garantieren. Die russische Regierung sei die demokratischste Regierung der Welt, was sie auch beweisen wolle. Lenin sagt zum Schluß noch, daß er für ein Wirtschaftsabkommen mit allen Ländern, vor allem Amerika, sei.

## Die estnischen Friedensverhandlungen.

Helsingfors, 27. November.

Die Nordwestarmee und die russische Nordwestregierung werden aufgelöst. Die Bolschewiken konzentrieren an der Nordwestfront vorzügliche Truppen, so daß die Stellung der Esten außerordentlich schwer ist. Ueber die Friedensfrage stellt ein amerikanischer Offizier dem „Helsingfors Sanomat“ mit, daß die Friedensverhandlungen bereits während des Aufschlusses des Esten in Torpat beginnen sollten. Die Engländer verhängen das, da sie zuerst selber mit Alwinoff verhandeln wollten. Die Verhandlungen werden nach der Klärung des Alwinoff im Dezember wieder aufgenommen werden.

## Die Erfolge der Bolschewiken.

T. U. Amsterdam, 27. November.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt: Nach einem drahtlosen Telegramm aus Moskau haben die Bolschewiken bei ihrer letzten Offensive gegen Kollsch 45 000 Gefangene gemacht und 40 Kanonen und zwei Panzerzüge erobert. Sie fanden am Donnerstag 90 Kilometer östlich von Omsk, das sie am 16. November erobert haben.

## Serbischer Vormarsch.

Berlins, 27. November.

Nach einer Meldung aus Belgrad sind die serbischen Truppen am 16. November in den Bezirk Stranitsa eingedrungen. In dieser Zeit haben die serbischen Bluthochdrucke Besitz von der inneren Verwaltung genommen und die bulgarischen Beamten entlassen. Der parlamentarische Untersuchungsbericht für die nicht-ausgewählten Friedensmöglichkeiten (Vorsitzender Abg. Göttem) dürfte, wie die „P. V. R.“ erfahren, vor Weihnachten keine öffentlichen Sitzungen mehr abhalten, da Mitte Dezember bereits die parlamentarischen Verhandlungen beginnen.

**HUGO HAASES**  
**Totenbild**  
von KÄTHE KOLLWITZ in der  
**FREIEN WELT**  
28  
Bei jedem Zeitungshändler zu haben.

**Theater und Vergnügungen.**

**Volksbühne.** Theater am Hiltowplatz. 7 1/2 Uhr: Paul Lütz u. Tora Parlow.

**Opernhaus III.** Sinfonie-Konzert Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus Maria Stuart** Anfang 7 1/2 Uhr.

**Deutsches Theater** Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Capistrano.

**Großes Schauspielhaus** Karstraße. Eröffnungsvorstellung um 6 1/2 Uhr: Orsilla (I. Abt., L. Abend) Sonntag 7 1/2 Uhr: Orsilla (I. Abt., L. Abt.)

**Königsplatz** 7 1/2 Uhr: Ein Traumspiel, Schloß Wetterstein Sonntag nachm. 3 Uhr: Abt. Maria Orsilla

**Komödienhaus** 14 Uhr: Liselott von der Singschule: Die Eure. Abends: „Sieg“ Montag: „Sieg“

**Berliner Theater:** 7 1/2 Uhr: **Die Studenten**

**Lessing-Theater** Direktion: Victor Barnowsky 7 1/2 Uhr: Peer Gynt (Ordnung, Losen, Servas, Loni)

**Soch. 7 1/2 Uhr: Fräulein Julie.** — Der grüne Kakadu. (Darsteller: Servas, Fischer, Klotzer, Veidt.)

**Deutsch-Künstl.-Theater** Allabendlich 7 1/2: Cyprienne (Leopoldine Konstantin, Kurt Oßta)

**Residenz-Theater** abends 8 Uhr zum 220. Male: **Das höhere Leben** Von Hermann Sudermann Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Händel und Gretel. Sonntag 4 Uhr, kleine Preise: 2. 250 Male: Der gute Ruf

**Trion-Theater** Täglich 10 Uhr: **Maskerade** Von Ludwig Falda Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Aschenbrödel.

**Neues Operettenhaus** Direktor: Jean Kren Allabendlich 7 1/2 30 Min.: **Die Dame vom Circus**

**Rose-Theater** 7 1/2 Uhr: **Das Gesetz**

**Casino-Theater** Lehringstr. 37, Tagl. 7 1/2 Uhr: **Schniepels Lene** Berliner Volkstheater in 1 Aufz. Vorber: Ernst Spezialitäten Viktor Litzke in dem Sketch „Erwacht“.

**Residenz-Lichtspiele** Blumenstr. 10 neb. Residenz-Theater **Leontine Kühnberg** in dem Monumentalfilm **Ich klage an!**

**Berliner Schwimm-Verein „Welle“** Mitglied des Arbeiter-Wassersport-Verbandes.

**Sonntag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr**

**24. Schwimmfest** im Stadtbad Neukölln, Ganhoferstr. 5.

Unter anderem findet Damen-, Schüler- u. Relgeschwimmen, Mahlkamp, Statistenschwimmen und Springen, elektrischer Lampenrennen statt. Nach dem Schwimmen Nachfeier und Tanz in des Gewerkschaftshauses, Engländer 15.

Eintritt inkl. Tanz Mk. 1.50. Einlaßkarten sind bei A. Prosk, Oranienstraße 200, Max Neumann, Lichtensberg, Weichselstraße 15, zu haben.

**Zigaretten** Ständigen Lager in rein orientalisches und ägyptische Zigaretten von 14.200.- an. Lagerbestände können.

H. Guffmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22, 9-5 Uhr.

**Walfalla-Theater** Welfenbrunnweg 7 1/2 Uhr: Eine Frau wie Du

**Königsplatz-Theater** Alexanderstr. 21. Tagl. 7 1/2: Sportfaktien und Variété-Berleske: Wer ändert eine Größe nicht

**Apollo-Theater** Friedrichstr. 218. Allabendlich 7 1/2: Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2: **Die Welt im Jahre 2000** Sonntag 3 1/2, jed. Erwa. 1 Kind frei.

**Wintergarten.** täglich 7 1/2 Uhr **Variétévorstellung** Rauchen gestattet.

**Theater am Schlosser Tor** Tel.: Moritzplatz 14814. Tagl. 7 1/2 und Sonntag nachm. 3 Uhr: **Elite-Sänger** 9 ehem. Mitgl. der Berliner Säng. Bittchen-Kunst Vorv. 11-13 u. 4-6 U.

**Circus Busch** Freitag, 28. Nov., abds. 7 1/2 U. Kopfrutsch durch den Circusraum. **Die Schreckensfahrt** in steller Wand Die lustigen Hühner Traxil, Pastouline „Aphrodite“ Sonntag 3 1/2 Uhr zum 2. Male: Märchenpantomime „Aschenbrödel“

**Schaubühne** Moritzplatz früher Augustenburger 830 **Heute: Gr. Ringkämpfe** Heute ringen Hansen-Esch gegen Lupp Steinko gegen Bierholz Entscheidungskampf Wehrm gegen Pietro Scholz Bilkan gegen Randolf

**Fortuna-Lichtspiele** Müllerstraße 12e Bis einschl. Montag: **Die Welt der Bestien** 8 Akte aus der Welt der Dschungeln. Dazu **Was den Männern gefällt.** Lustspiel in 3 Akten Hauptrolle: **Henry Bender** 618 und 811

Ritterstraße, Ecke Alte Jakobstraße (an der Lindenstraße)

Freitag, 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr: **Große Gala-Eröffnung**

**Circus Barnum-Schau**

Nur allereinstufige Artistenpersonal  
bellante | Burgen, Fechtmeister  
20 Nummern | Kräftige, Schreitler  
Ritterinnen, Akrobaten, Luftschwimmer  
Dresslerie Elefanten u. Kamäle  
Schweine, Gänse, Esel, Hunde usw.  
Araber | Indor = Neger

Sonntag, 30. November: **Christliche Vorstellungen** 7 1/2 u. abds. 7 1/2 Uhr

Massiver (Stein-) Winter-Circus  gut reheizt  Sonnabend sowie täglich abds. 7 1/2 Uhr: **Große Elite-u. Sport-Vorstellung**

Billige Eintrittspreise: Billets von 10-1 Uhr und ab 8 Uhr nachm. im Circus zu haben. Sonntags von 10 Uhr ab ununterbrochen.

**Pauchtakah**

Hochrein, rein überlebte Original-Mischung, Mittelhalt. Große Profund 28. 20.- franko. H. Qualitätswaren 60.-100 Pf.

Erst Wende & Co., Jg.-Fabr., geg. 1895 Bremen 327. U. G. 28. 127161.

Eisene Schmelze. Direkte Verwertung.

**Höchste Preise über Tageskurs** zahlt für

**Platin-Gold-Silber.**

Tiegel - Schalen - Brennstifte - Zahnstifte  
Schmucksachen - Blitzableiterplatten -  
Barren - Münzen - Schmuck - Zahngold  
früher Augustenburger 830

Gegr. 1903 **nur** Gegr. 1903

**Metallkontor**  
Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 138.  
Telephon Moritzplatz 12 858.  
Telegraphen-Adresse: Metallkontor, Berlin SW 68.

Eisene Schmelze. Direkte Verwertung.

U. S. T. 9.

**Taschenkalender 1920**

Preis 2.- Mark  
Ein für jeden Arbeiter  
unentbehrliches Notizbuch

Zu beziehen von der  
VERLAGSGENOSSENSCHAFT „FREIHEIT“  
e. G. m. b. H., Abt. Buchhandel,  
Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 19,  
Auch durch alle Filial-Expeditionen der „Freiheit“.

**Spezial-Arzt** für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, speziell vorerkrankte hereditäre Nervenleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urtica- und Blasenentzündungen. Separates Damenzimmer. Erste und beste Heil-Anstalt Löser

Dir.: **Löser senior.** Spezial-Arzt für Skroph. Ecke Lillienstraße, Rosenthaler Straße 69-70, 9-1, 4-8, 10-1.

**Kupferleitungen** Sämtliche Querschnitte Spulendraht, Dynamodraht Kupferlitzen, sämtl. Installationsmaterial, Isolierrohr

**Elektromotoren** Gleichstrom - Drehstrom kauft zu höchsten Tagespreisen

**MEIGNERS** Alexanderstraße 30  
Telefon: Alexander 2174

**Karbid-Lampen** dürfen in keinem Haushalt fehlen. Garantiert keine Explosionsgefahr!

Karbid-Tisch-, Hänge- und Stempelampen in schönster und moderater Ausführung. Meine Lampen sind alle mit Messinggewinde und Messingstopfen, Rosten daher ausgeschlossen.

**Karl Gehring,** Spezialhaus f. Karbid-Beleuchtung  
I. Geschlitz Weberstraße 32.  
I. Geschlitz: Wilhelmstraße 34, Ecke Franzstraße.  
Verkauft zu Engrospreisen.  
Händler Spezialloftorte einholen!  
Karbid stets am Lager, Kilo 2.70 Mark.

**Karbidlampe „Feuerhand“**

beseitigt sofort jede Lichtnot.

„Feuerhand“ ist die neueste Konstruktion, einfach, praktisch und bietet nachstehende Vorteile:

1. Stets gleichmäßiges Brennen
2. 10stündige Brenndauer.
3. Außerordentlich leicht füllen und zu reinigen.
4. Ein Druck auf den Knopf und die Lampe ist ausgelöscht.
5. Außerst sparsamer Karbidverbrauch (Stunde 4 Pfennig)

Karbid stets am Lager.

die neueste und praktischste Karbidlampe mit Glocke 33 Mk. Nach außerhalb mit Porto u. Verpackung geg. Voreinsend. von 35 Mk.

Bitte besuchen Sie uns oder verlangen Sie illustrierte Preisliste, wir führen sämtliche anderen Formen für Küche und Haus. Geschäftszeit von 9-4 Uhr

**Fabrikniederlage Franz Borowicz, Metallwaren, Berlin SO 26**  
Waldemarstr. 27, Nähe Moritzplatz - Oranienplatz.  
Fernruf: Moritzplatz 4675, 4676.

**Spezialbehandlung** für Haut- und Geschlechtsleiden **Invalidenstr. 147**

**C. Weissert,** I. Etage, Ecke Bergstr.

Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen **Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäße Behandlung**

Sprechstunden 10-12 und 4-8. Sonntags 10-12.

**Soeben erschienen!**

**Die deutsche Arbeiter-Revolution.**

Gedenkschrift über den Verlauf des ersten Revolutionsjahres 1918/19.

Preis 1 Mark.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.  
Abt. Buchhandel, Schiffbauerdamm 19.

Ueber Tagespreis zahlt für **Platin, Gold, Silber, Platinzähne** nicht unter **5 Mark**

Frau Linke, Blücherstraße 40  
Port. II, 2 Treppen. 8-8 Uhr.

Vor Verkauf von **Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)** anrufen, zahlt konkurrenzlose Preise

**Metallkontor, Alte Jakobstr. 138**

**Platin Silber Quecksilber Kupfer**

Sämtliche Metalle  
Zahngüsse  
kauft zu konkurrenzlosen Preisen in unseren 3 Einkaufsstellen  
Metallschmelze

**„Cohn“**

- 1) Brunnenstr. nur 11
- 2) Bahnhofsstraße 2
- 3) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz)

Tele: Nordes 1863  
Neukölln 1819.

**Platin Silber Quecksilber Kupfer**

Sämtl. Altmetalle  
Zahngüsse  
kauft zu allerhöchsten Fabrikpreisen  
Metallschmelze

**Baruch**  
Fennstr. 48  
Tel.: Moritzplatz 211  
und  
Gensselerstr. 22.

**Platina Gold Silber**

Alte Gebisse  
Platinstiftzähne  
4,80 bis 90 Mk.  
kauft  
Frau Knuth,  
Zionskirchstr. 54, v. II.

**Platina**

Gramm 105 Mark.  
Gold, Silber, alte Gebisse.  
Münzen, PL-Zähne nicht unter 6.- Mark kauft

**Hausdorff,**  
NO 18, Palladenstr. 11, v. II.

Briefmarken, Sammler und einzelne, aus Privatbesitz kauft hier, Neue Jakobstr. 26, Sonntag 3-8, Sonntag 10-11

**Leihhaus Moritzplatz 58 a**  
Berlin, Oranienstraße 58 a

verkauft zu bekannt billigen Preisen: **Kreuzfische** Alaska-Blaufische bis 325.- Mark. Gelegenheitskäufe in Skunks, Marder, Heron-Gebirgen, Sportpelzen, Warenpelzen. Herren-Ausätze, Paletots von 85-250 Mark. hochlegant. Gelegenheiten in Damen-Kostümen. Astrachan-Mänteln. - Pelzer im Lombard vertausen Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen usw. unter

Gewerkschaftliches.

Mißstände im Schwefelberuf.

In einer am 23. d. Mt. im Berliner Gewerkschaftshaus...

Die Diskussionsredner waren mit der Rednerin einig darin...

Achtung! Fleischergesellen!

Am Sonntag, den 7. Dezember, finden die Wahlen zum...

Der Zentralverband der Fleischer ist bereit, seine partei...

Am 7. Dezember ist die langjährige Gelbeschicht, ein...

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Das dem Manuskript übertrugen von Hermann Jura Wahlen...

Genie freilich bestand ein Unterschied; er war nicht...

Die Greubengemeinschaften waren viel zu wachsam, als...

Als Jimmie noch das verborgene und verhältnismäßig...

berichtigt, sofern sie in der Zeit von Anfang 1914 bis Dezember...

Die Schlichter, Stanger, Greiser und alle in der Knopf-...

Einm.-Berl. Wie noch Mitglieder haben sich am Sonn-...

Groß-Berlin.

Deutschnationale Blamagen.

Die Fraktion der Deutschnationalen hielt sich in der...

In der von den Deutschnationalen beantragten namentlichen...

Ein dritter Antrag der Deutschnationalen wollte den...

Zwangswirtschaft für Zucker vorstellig zu werden. Herr...

Die wichtigste Vorlage, die Befolgung der Beamten, wird...

Zur Stilllegung der Charlottenburger Elektrizitätswerke.

Die Stilllegung der Charlottenburger Elektrizitätswerke ist...

Dem Elektrizitätswerk Charlottenburg sind am gestrigen...

Groß-Reinemachen in Adlershof.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde die General-...

Die hiesigen Vertreter geben die Erklärung ab, daß die...

wenn ihm jemand im Weg stand, so blieb er ihm nichts...

Ueber derlei Dinge redeten die Leute ganz gleichmäßig...

Dieser Klassenkampf währte nun bereits seit Jahrzehnten...

(Fortsetzung folgt.)

